



# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter  
und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- Reichsmark  
Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

## Die gewerkschaftliche Lohnpolitik und unsere gegenwärtige Lohnbewegung.

Unter dem Titel „Die Gefahren einer Lohnerhöhung im Buchdruckgewerbe“ veröffentlicht die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“, das Organ unserer Unternehmerrorganisation, einen Artikel, in welchem zur gegenwärtigen Lohnbewegung Stellung genommen wird. Der Verfasser beginnt seine Ausführungen mit einem demagogischen Seitenhieb auf die gewerkschaftlichen Organisationen des Buchdruckgewerbes, die durch geschickte Infiltrierung bei der Arbeiterchaft den Resonanzboden für die Forderung auf Lohnerhöhung geschaffen haben, kritisiert sodann die heute dominierende Entlohnungsform nach dem „Auskommensprinzip“ und bedauert, daß dem früher geltenden Leistungsprinzip nicht mehr die Priorität zugesprochen werden kann. Sodann verleiht sich der Verfasser zu einer genialen Spitzenleistung und beweist an Hand der Großhandelsziffern des Januar und Februar den „Widerinn“ der gegenwärtigen Lohnforderung, die in einer Zeit dauernden Fallens der Großhandelsindexziffern gestellt wird. Als dann läßt der Verfasser seine wirtschaftswissenschaftlichen Kenntnisse Revue passieren und versucht, sich mit den von der Gewerkschaftsbewegung erfundenen „Spekulationsstheorien“ über den Wert hoher Löhne und die Bedeutung dieser für den Konjunkturverlauf auseinanderzusetzen. Selbstverständlich kommt er im Laufe der vorgenannten Analogie zu dem uns nicht überraschenden Ergebnis, daß diese „Kaufkraftphantasien“ abzulehnen seien und setzt an die Stelle der „Konjunkturtheorie der hohen Löhne“ die weit einträglichere, wissenschaftlich fundierte und für das Unternehmertum weit einträglichere „Konjunkturtheorie der niedrigen Löhne“. Weiterhin weist der Verfasser in kurzen Ausführungen darauf hin, daß an der wirtschaftlichen Prosperität des abgelaufenen Jahres das Buchdruckgewerbe wenig Anteil hatte, somit auch die Rentabilität noch hinter dem Normalstande zurückgeblieben ist. Auf Grund dieser Auseinandersetzungen kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß „weder aus Gründen veränderter Lebenshaltungskosten noch im Interesse der Absatzbelebung irgendein Anlaß, neue Lohnerhöhungen vorzunehmen, besteht. Vielmehr muß alles daran gesetzt werden, um diese zu vermeiden.“

Zuerst einige grundsätzliche Bemerkungen zur gewerkschaftlichen Lohnpolitik. Diese geht aus von dem Standpunkt der Lohnleistung in Höhe des Gesamtertrages der Arbeit, abzüglich der zur Akkumulation und Abschreibung notwendigen Kapitalien. Der gewerkschaftliche Lohnkampf teilt sich in drei Phasen:

1. Erringung des Existenzminimums,
2. Anteil an der Steigerung der Produktivität der Wirtschaft,
3. Gesamtanteil der Arbeit am Produkt.

Der Kampf um das Existenzminimum gehört zu den wichtigsten Erfordernissen gewerkschaftlicher Lohnpolitik und zu den fundamentalsten Grundätzen ökonomischer Leistungsfähigkeit. Die Arbeitskraft ist die Quelle allen Reichtums und aller Produktivität. Als in der Inflationszeit die Entlohnung mehr und mehr unter das Existenzminimum sank, erreichte man unter das Existenzminimum, Lebenshaltungszahlen, aus den wichtigsten zur Lebenshaltung des Arbeiterhaushalts gehörenden Unterhaltartikeln und Gegenständen. Die Zahlen des letzten Normaljahres (1913) wurden gleich 100 gesetzt. In den nun jeweils zur Veröffentlichung gelangenden Indexziffern spiegelte sich die Preisbewegung auf dem Warenmarkt wider, und man versuchte, die Lohnhöhe nach diesen Indexziffern zu korrigieren. Die Lebenshaltungsziffer ist in der Zusammenfassung ihrer Errechnungsgrundlagen alles andere denn vollkommen. Auch verschiedenlich vorgenommene Revisionen (die letzte im Vorjahr) haben diese Fehlerquellen nicht verjagen lassen. Steigen nun diese Maßziffern durch Preisänderungen auf dem Warenmarkt, ohne daß im gleichen Maße eine Erhöhung der Reallohn der Arbeiter eintritt, so sinkt die Reproduktionsmöglichkeit der Arbeitskraft um den gleichen Grad, wie diese Maßziffer steigt. Die Index-

ziffer für die Lebenshaltungskosten stieg im Jahre 1927 von 144,6 im Januar auf 151,3 im Dezember, der Großhandelsindex in derselben Zeit von 135,9 auf 139,6.

Im Januar 1928 können wir ein leichtes Fallen des Index feststellen, jedoch meldet der Februar ein weiteres Ansteigen. Daß diese Bewegung auch weiterhin anhält, ergibt sich aus einer Prognose des Konjunkturforschungsinstituts, die eine weitere Verteuerung wichtiger Rohstoffe, Halb- und Fertigwarenfabrikate meldet.

Aus dieser Entwicklung des Lebenshaltungsindex ergibt sich seit April vorigen Jahres eine ständig fortschreitende Verteuerung der Lebenshaltungskosten, dessen Ende noch nicht erreicht ist. Ein dauerndes Sinken des Reallohnes ist die Folge dieser Entwicklung. Es wird nun bei unseren Prinzipalen häufig die Meinung gehört, daß durch die letztgewährten Lohnerhöhungen diese Steigerungen bereits ausgeglichen wären. Diese Auffassung kann man bestenfalls als lohnpolitisches Kinderpiel bezeichnen. Ebenso verhält es sich wohl mit der in der „Zeitschrift“ ausgemachten Rechnung, mit Hilfe der Großhandelsindexziffern des Januar ein dauerndes Fall'n der Lebenshaltungskosten festzustellen. Ziehen wir nun einen Schluß aus der Entwicklung des Lebenshaltungsindex, so kann es nur der sein, daß die Löhne aus Gründen der eingetretenen verteuerten Lebenshaltung unbedingt erhöht werden müssen.

Die zweite Phase der gewerkschaftlichen Lohnpolitik bildet der Kampf um den Anteil an der Steigerung der Produktivität der Wirtschaft, um das kulturelle Existenzminimum. Es handelt sich also hierbei um den Kampf um Rationalisierungsgewinn. Daß ein so großer Gewinn bei der Rationalisierung seit 1924 erfolgt ist, ist ökonomisch und sozial gesehen, kein besonderes Ruhmesblatt für unsere Unternehmer. Die Rationalisierung soll in der Senkung der Preise ihre Bewährung und ihren Erfolg zeigen und nicht in der größeren Rentabilität des investierten Kapitals.

Der Anspruch auf Anteilnahme an der größeren Produktivität der Wirtschaft läßt sich aus sozialistischen und ökonomischen Gründen rechtfertigen. Das sozialistische Moment kann aus unserer Darstellung ausgeschlossen, da sich der „Korrespondent“ in einer seiner letzten Nummern ausgiebig damit beschäftigt hat. Die ökonomische Begründung im Kampf um den erhöhten Arbeitsertrag hat seinen Niederschlag gefunden in der von den Gewerkschaften und einem großen Teil der Wissenschaftler propagierten „Konjunkturtheorie der hohen Löhne“. Diese Theorie (in dem vorgenannten Artikel der „Zeitschrift“ als „eine tendenziös zurechtgemachte Spekulation“ bezeichnet) geht von dem Grundsatz aus, daß es neben dem Problem der Wirtschaft auch ein Problem des Absatzes der Erzeugnisse der Produktivität gibt. Wir teilen den Gesamtertrag der Arbeit in Konsumtionsgüter und Produktionsgüter. Die Konsumtionsgüter dienen dem Verbrauch, die Produktionsgüter der Erhaltung, Verbesserung und Vergrößerung des Produktionsapparates. Die Verteilung muß nun in solchen Proportionen geschehen, daß kein disharmonischer Zustand (die Wirtschaftswissenschaft nennt es Krise) entsteht. Eine Ausdehnung des Produktionsapparates ist vollkommen sinnlos, solange dieser Ausdehnung keine Vergrößerung des Konsums gegenübersteht. Die Konsumfähigkeit, das heißt der Verbrauch an Konsumtionsgütern, richtet sich im wesentlichen nach der vorhandenen Kaufkraft. Unsere Produktionsfähigkeit ist aber in stärkerem Maße gewachsen, als die Konsummöglichkeit Veranlassung bot. Diese geringe Konsummöglichkeit entsprang jedoch nicht dem Mangel an Bedarf, sondern einem Mangel an Kaufkraft (Arbeitslohn usw.), da große Mengen des konsumtiven Teils der Kaufkraft durch die Akkumulation absorbiert waren. Unsere Lohn- und Wirtschaftspolitik muß also dahin führen, dieses Mißverhältnis zu beseitigen. Ein Gefallen des heute bestehenden Zustandes würde über kurz oder lang zu wirtschaftlichen Krisen von größter Ausdehnung führen.

Auf welchem Weg kommen wir nun zu einer Aenderung dieses Mißverhältnisses? Die Antwort lautet: auf dem Weg höherer Löhne. Und zwar auf dem Weg höherer Löhne, weil der Arbeitslohn in seinem wesentlichen Teil dem unmittelbaren Verbrauch, der Konsumtion, zugeführt wird. Hohe Löhne wirken also für einen geradlinigen Konjunkturverlauf, der auch ein Weg des Aufstiegs sein muß, da die Erweiterung der Produktionsfähigkeit durch den erhöhten Konsum eine Ankurbelung erhält. Dies ist das Wesen der „Konjunkturtheorie der hohen Löhne“.

Dieser Theorie wird nun von Unternehmerseite wie von einzelnen Wissenschaftlern (Prof. Caspel, Prof. Lange u. a. m.) die Theorie des Sparens entgegen gesetzt. Das deutsche Volk muß sparen, um wieder zu Reichtum und Wohlstand zu gelangen. Dies wird ermöglicht durch starke innere Kapitalbildung und steigende Ausfuhr. Ueber die Kapitalbildung hat der „Korrespondent“ ebenfalls erschöpfende Ausführungen gemacht, so daß hier nur noch das Problem der Ausfuhr erörtert werden braucht. Möglichst hohe Ausfuhr, eire aktive Handelsbilanz ist das Bestreben aller kapitalistischen Länder. Diese Bestrebungen konnten in der Vorkriegszeit voll erfüllt werden. Der Raum der nichtkapitalistischen Länder bot genügend Möglichkeit zur Ausfuhr. Gewaltige Aenderungen sind auch hier Schöpfer neuer Verhältnisse geworden. Der kapitalistische Raum hat sich verengt. Die Kriegszeit ließ die schon vor dem Kriege begonnene Kapitalisierung reifen. Ehemalige Einfuhrländer sind heute Ausfuhrländer größten Stils. Die Gesamtproduktivität der Weltwirtschaft hat sich in den letzten Jahren ins Unendliche vermehrt. Eine höchst unnatürliche Zollpolitik erhöht die Schranken der Einfuhrhindernisse stark. Insbesondere richtet man seine Aufmerksamkeit gegen das Dumping. Starke Dumpingzölle sind fast allen Ländern gemein. Der äußere Markt bietet also heute keine Möglichkeit der Abhebung der Ueberproduktion der Länder, ist also auch keine Quelle des Reichtums. Der innere Markt ist unser Schicksal. Und deshalb die hohe Bedeutung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik für die nationale Wirtschaft, für deren reibungslosen Ablauf und Aufstieg.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen über das Buchdruckgewerbe. Das Buchdruckgewerbe nimmt in der deutschen Volkswirtschaft keine Sonderstellung in wirtschaftlicher Hinsicht ein, die eine besondere Berücksichtigung auf lohnpolitischem Gebiet erfordert. Wirtschaftlich bringt es Qualitätsleistungen, die für das soziale und kulturelle Leben unseres Volkes Jungbrunnen der Erneuerung sind und zur Erringung unserer früheren Weltgeltung beitragen.

Die Einfügung in den Gesamtorganismus der Wirtschaft nimmt auch das Buchdruckgewerbe nicht aus in der Entwicklung der Produktivität wie in der Gestaltung der Rentabilität. Das letzthin überall zahlreich veröffentlichte statische Material beweist die gesteigerte Produktivität auch im Buchdruckgewerbe und somit seine Angleichung an die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens. Auch die Rentabilität ist im Buchdruckgewerbe in gleichen Ausmaßen vorhanden wie in den anderen Industriezweigen. Für den Ausgleich sorgen schon die Struktur und die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft, die den Ausgleich der Profitrate mit mathematischer Genauigkeit herbeiführen. Auch bietet das im Buchdruckgewerbe streng durchgeführte Auskommensprinzip (Preistarif) ebenso wie in anderen Industriezweigen dem betriebswirtschaftlich und kaufmännisch tüchtigen Unternehmer für die Sonderleistung qualitativer Unternehmerrfunktionen Sondergewinne in ausreichender Höhe.

Zusammenfassend möchten wir nun sagen, daß aus Gründen veränderter Lebenshaltungskosten die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen sich ergibt. Auch gibt die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Buchdruckgewerbes die Möglichkeit, Lohnerhöhungen ohne Schädigung des Gewerbes durchzuführen.

J. Klaus.

## Der Haushalt einer Arbeiterfamilie.

Eine interessante und doch falsche Statistik.

Die Kosten der Lebenshaltung bei uns und in den westeuropäischen Ländern überhaupt haben sich, vor allem mit Bezug auf Lebensmittelpreise, im Vergleich zu der Vorkriegszeit fast verdoppelt. Aber die Lohnsteigerung hat in keiner Weise mit diesem Anwachsen der Lebensunterhaltungskosten Schritt gehalten. Arbeiter, Angestellte und kleinbürgerliche Kreise können sich heute Vergnügungen irgendwelcher Art, zum Beispiel den früher so beliebten regelmäßigen Abendhopschen, Ausflüge mit Besuch eines Wirtshauses oder sogar den Besuch einer Oper, nur in ganz seltenen Fällen noch leisten. Sie müssen alle mit Pfennigen rechnen, und trotz höchster Sparsamkeit sind viele aus diesen Kreisen der menschlichen Gesellschaft unterernährt und ungenügend oder sogar schlecht gekleidet. Dabei muß man bedenken, daß die Arbeiter, Angestellten, Kleinbürger und Kleinbauern den größten Teil der Bevölkerung in den sogenannten Kulturländern ausmachen. Sie sind es, von denen auch die eigentliche schwere Arbeit, Arbeit, die eine gute Ernährung beansprucht, verlangt wird.

Prof. P. S. Velean, Direktor des Instituts für öffentliche Gesundheit an der Universität zu Edinburgh in Schottland, gibt jetzt eine in ihrer Art interessante Aufzählung über die Ausgaben einer schottischen Arbeiterfamilie, und zwar für Mann und Frau, einen Knaben von zwölf und ein Mädchen von sechs Jahren, wobei er annimmt, daß sie etwa die Nahrung von drei ausgewachsenen Männern beanspruchen:

Für eine Woche:	Mt.	Proj.
Nahrungsmittel (8,50 Mt. je Kopf)	25,50	51
Miete	7,—	14
Kleidung und Zeug	6,50	13
Feuerung und Licht	3,50	7
Wäsche und Reinigung	1,50	3
Verseicherung	1,30	3
Unvorhergesehenes (Straßenbahn, Medizin, Papier, Bücher, Briefmarken, Vergnügungen, Tabak, Getränke usw.)	4,50	9
<b>Zusammen</b>	<b>50,—</b>	<b>100</b>

Für Nahrungsmittel hat der Herr Professor und Sachverständige bei vier Menschen, die allerdings nur als drei Erwachsene angesehen werden, die Summe von 25,50 Mt. je Woche von sieben Tagen bewilligt. Damit faßt er Nahrungsmittel ein, die in einer besonderen Liste aufgeführt sind und 38 verschiedene Dinge umfassen.

An Eßwaren nennt er für den Bedarf einer Woche: 2½ Pfd. Hammel, 1¼ Pfd. Gefrierfleisch, 1 Pfd. Ochsenfleisch zum Kochen, ein halber Schafstopf oder 1¼ Pfd., 1 Pfd. Speck, 1¼ Pfd. Schintennochen (5 Proz. Fleisch), ¼ Pfd. Kuhleber, 7 Eier, 4 Liter Milch, 1½ Pfd. Käse, 3 Büdlinge, 2 Pfd. frische Heringe, 1 Pfd. Rauchfleisch, 1 Pfd. Würst. 284 Gramm Butter, 400 Gramm Margarine, ½ Pfd. Schweinefett, 16½ Pfd. Graubrot, ¼ Pfd. Grießmehl, 13¼ Pfd. Kartoffeln, 1 Pfd. Hafersuppe, 1½ Pfd. Zucker, 1 Pfd. Reis, ¼ Pfd. Gerste, ¼ Pfund Weizenmehl, ¼ Pfd. Ninsen, ¼ Pfd. trockene Erbsen, 1 Pfd. Marmelade, ¼ Pfd. Sirup, 1½ Pfd. Weißbrot, 1 Pfd. Wurzeln, 2 Pfd. Zwiebeln, 1 Pfd. Tomaten, 3 Apfelsinen, 3 Bananen, ¼ Pfund Kresse, Rettich usw., ¼ Pfd. Tee.

Pro Tag gewährt die Aufstellung drei Mahlzeiten, und zwar lautet unter anderem das Menü für Sonntag: Frühstück: Hafersuppe, Milch, gekochte Eier, Brot

und Butter; Mittagessen: Gebratener Hammel mit Soße, Kartoffeln, Gemüse, Käse; Abendessen: Büdlinge und Rettiche, Brot mit Margarine und Marmelade. Mittwoch: Hafersuppe, Milch, gekochter Speck, Griech, Brot und Butter; Mittagessen: Irish Stew, Kartoffeln, gekochte Zwiebeln und Wurzeln, Milderis; Abendessen: Erbsensuppe, Brot, Margarine und Marmelade. Freitag: Frühstück: Hafersuppe, Milch, Fischkuchen, Griech, Brot und Butter; Mittagessen: Linsensuppe, frischer Hering gekochten, Kartoffeln; Abendessen: heiße Würst, Brot, Margarine und Marmelade.

Der Herr Professor gibt übrigens das Menü für alle sieben Tage der Woche an. Man braucht keine eingehende Küchenkenntnisse zu besitzen, um leicht feststellen zu können, daß die eingetauschten Ingredienzien, zum Beispiel 284 Gramm Butter und 400 Gramm Margarine sowie 7 Eier faum für die Eltern und ihre beiden Kinder zum Brotaufstrich und zweimaligem Eierfrühstück genügen dürften.

Die Gesamtausgaben berechnet er mit 50 Mt. einschließlich Miete um für sieben Tage. Das macht also etwa 218 Mt. im Monat. Er hat die Beiträge für Krankenkasse, Gewerkschaft usw. sowie die Steuern nicht mit in Betracht gezogen.

Uebrigens muß der englische oder schottische Arbeiter, wie aus der Aufstellung hervorgeht, einen für deutsche Verhältnisse guten Lohn haben. Sehr interessant ist die mit 7 Mt. pro Woche angegebene Miete. Das wären ungefähr 30 Mt. monatlich und kann nur eine ganz armelige Wohnung bedeuten. Gefragt wird ja von den englischen Arbeitern auch dauernd über die fürchterlichen Höhlen, die man ihnen als Wohnung gibt. Den Posten „Unvorhergesehenes“ einschließlich Straßenhahn, Medizin, wahrlich auch Zahnpasta usw., Papier, Bücher, Briefmarken, Vergnügungen, Tabak, Getränke hat man mit 4,50 Mt. festgesetzt. Dafür können sich die Leute einen Sonntagsausflug leisten, aber sicherlich nicht mehr. Ins Theater oder in ein Konzert können sie nicht gehen. In England ist man ja auch sehr fromm, und die Arbeiter gehen am Sonntag nicht aus. Das hat der Herr Professor wohl ganz besonders in Erwägung gezogen. Derartige Aufstellungen, besonders von einem verantwortlichen Direktor des öffentlichen Gesundheitswesens, sprechen Bände. Es wäre einmal ganz interessant, wenn hier in Deutschland ein ähnlicher Bericht über die Lebensumstände einer Arbeiterfamilie veröffentlicht würde. Bei uns verdienen aber nur ganz wenige ein Monatsgehalt von 220 Mt. Es gibt massenhaft Arbeiter und Angestellte, die sich mit der Hälfte davon begnügen müssen. Dabei sind die Kosten der Lebenshaltung in Deutschland ebenso hoch, ja in manchen Dingen sogar noch höher als in England. Denkt man aber erst an die Lebenshaltung der hunderttausende oder gar eine Million übersteigenden Arbeitslosen, dann wird man sich ein Bild machen können darüber, wie sehr kläglich und kümmerlich das tägliche Leben der Menschen aus den breiten Massen bei uns und in anderen Industrieländern verläuft. Auf jeden Fall wäre der deutsche Arbeiter froh, wenn er dieses Existenzminimum von 220 Mt. im Monat hätte und nur 30 Mt. Miete zu bezahlen brauchte. Der Mammomonismus hat die Massen zu Dividendemaschinen gemacht. Und sie würden noch mehr verflauen, wenn nicht eine starke Arbeiterbewegung bestände. Die Lehre daraus ist eben wieder, und man kann sie nicht genug predigen: „Stärkt eure Organisationen, halt den letzten Gelben, den letzten Nichtorganisierten zu uns herüber.“

## Aus dem Steinbrud.

Halle (Saale). Am 20. Februar wurde für das Steinbrudhilfspersonal ein neuer Tarif abgeschlossen, der gegenüber dem alten neben anderem die Verbesserung bringt, daß von jetzt ab die Leipziger Mindestlöhne nicht mehr abzüglich fünf, sondern nur noch abzüglich vier Prozent gelten. Die hauptsächlichsten Gruppen erhalten demnach jetzt folgende Wochenlöhne:

Stein- und Zinksteifer über 24 Jahre	45,10 Mt.
Hilfsarbeiter über 24 Jahre	40,95 „
Offset- oder Rotorganangelernten über 21 Jahre	30,07 „
Anlegerinnen über 21 Jahre	29,03 „
desgl. von 19 bis 21 Jahren	26,96 „
desgl. von 17 bis 19 Jahren	24,96 „
Auslegerinnen über 21 Jahre	25,92 „
desgl. von 19 bis 21 Jahren	24,36 „
desgl. von 17 bis 19 Jahren	22,81 „
Weibliche Hilfsarbeiterinnen über 21 Jahre	23,33 „
desgl. von 19 bis 21 Jahren	21,25 „
desgl. von 17 bis 19 Jahren	17,63 „

Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Die Ueberstundenentschädigung wochentags 25, Sonn- oder Feiertags 100 Prozent Aufschlag. An Ferien werden gewährt nach einem Jahr vier, zwei Jahren fünf, drei Jahren sechs, sechs Jahren acht und zehn Jahren zehn Arbeitstage.

### Ein Kulturdokument aus dem Jahre 1928.

Eine geographische Kunstanstalt, deren Namen vorläufig noch mit dem Mantel der Mysterien bedeckt bleiben mag, hat ihr Herz für die wirtschaftlichen Nöte ihrer Arbeiter entdeckt und operiert ihnen deshalb ein „Tarif-Abkommen“, dessen 2 folgenden Wortlaut hat:

An Entlohnung wird gewährt:	Mt.	Mt.
für Einlegerinnen	13,44	(25,65)
für Einlegerinnen, die ab und zu anlegen	14,40	(28,73)
für Anlegerinnen, die überwiegend anlegen	15,36	(28,73)
für Anlegerinnen, die ausschließlich anlegen	16,24	(28,73)
für gelernte Steinsteifer	36,00	(44,63)
andere Hilfskräfte, geübte	33,60	(40,53)
Amänger	31,20	(36,43)

Die Ziffern in Klammern sind die zurzeit geltenden Löhne in Steinbrudereien Thüringens, welche ihr Hilfspersonal nicht dem Reichsstarif unterstellt haben. Nur bis zu 50 Proz. niedriger glaubt diese mit Konventionen arbeitende Firma ihr Hilfspersonal entlohnen zu müssen, um die „Wirtschaft“ zu retten. Hoffentlich wird ihr von zuständiger Stelle klargestellt, daß gleichmäßige Bedingungen für alle Arbeiter eines Berufs die Basis für eine geordnete Wirtschaft sind. Besonders wenn Schutzbünde die Presse mit einem Aufschlag von 200 Proz. und darüber auf die Friedenspreise regeln.

## Aus den Zahlstellen.

Bischofsverda l. Sa. Am 25. Februar hielt die Zahlstelle Bischofsverda l. Sa. ihre diesjährige, gut besuchte Jahreshauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Steglitz, gab einen kurzen Rückblick über die Tätigkeit im vergangenen Jahre. Trotz mancher Schwierigkeit ist es ihm gelungen, die Zahlstelle auf ihrem Stande zu erhalten. Der Mitgliederbestand beträgt 14 männliche und 100 weibliche Mitglieder. Gegen den Bestand vom Vorjahre ein Mehr von 16 Mitgliedern. Als Kassiererin gab Kollegin Philipp den Kassenericht. Die Gesamteinnahme betrug 3239,20 Mt., wovon an die Hauptkasse 2822,46 Mt. gefloßt wurden. Auch der Lokalstellenbestand ist als günstig zu bezeichnen. Der Kassiererin wurde Entlohnung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes sowie der Kartellbegleitern wurde durch Akklamation vorgenommen. Als Vorsitzender wurde Kollege Steglitz, als Kassiererin Kollegin Philipp wiedergewählt. Als Schriftführer fungiert Kollege Fritsch. Alle anderen Posten blieben in den Händen der bis bis jetzt innehabenden Kolleginnen und Kollegen. Am ergriff der Gauleiter, Kollege Franz Herrmann-Dresden, das Wort. In kurzen, klarer Umrissen erklärte er die gegenwärtige Lage im graphischen Gewerbe, beleuchtete

## Nützliche Gespräche über Unfallverhütung!

### II. Teil.

B. Du sagtest, daß drei Umstände an dem Unfall mitgewirkt hätten, welches sind die beiden anderen?

A. An der Unglücksstelle hatte bisher immer die kleine Maria angelegt, die sich, um die vorchriftsmäßige Stellung vor der Presse einzunehmen, einen dreien, hohen Tritt davorgestellt hat.

B. Die vorchriftsmäßige Stellung — was heißt denn das?

A. Auch das ist in dem erwähnten Merkblatt ausführlich beschrieben und durch Abbildungen erläutert.

B. Welches ist nun die richtige, vorchriftsmäßige Stellung?

A. Du sollst beim Anlegen gerade so hoch vor der Presse stehen, daß du mit annähernd rechthöckigem Armgeleht — so daß der Unterarm nur ein klein wenig nach unten geneigt ist — anlegen kannst.

B. Wird man denn da nicht müde beim Anlegen?

A. Wenn An- und Abiegeln gleich hoch sind wie die Oberkante des offenen Tiegels, ja eher, der Auflage der zu bedruckenden Bogen entsprechend, etwas tiefer, so daß das An- und Ablegen der Bogen ohne Hebung und Senkung der Unterarme, sondern nur mit Seilwärtsdrehung derselben erfolgen kann, so ist das die bequemste und zugleich sicherste Stellung vor dem Tiegel.

B. Wie so sicherste?

A. Stehst du so hoch vor der Presse, daß du mit gestrecktem Armgeleht anlegen kannst, dann wirst die Handabweiser-Schutzvorrichtung nicht.

B. Warum nicht?

A. Sie hebt sich hinter deinem in den Tiegel gestreckten Arm, ohne ihn zu berühren, kann also ihren Zweck, deinem Arm, deine Hand aus dem Gefahrenbereich des Tiegels herauszuheben, nicht erfüllen.

B. Das ist wohl richtig! Und nun hat die arme Elly den Tritt, den die kleine Maria zum Anlegen haben mußte, sie aber bei ihrer stattlichen Größe nicht, stehen lassen; sie hat daher zu hoch vor der Presse gestanden und ihre Hand konnte von der Schutzvorrichtung nicht herausgehoben werden.

A. So war es. Und noch ein Moment kommt hinzu. Es wird in unserem Betriebe darauf gehalten, daß die Mädels beim Anlegen keine Fingerringe tragen.

B. Warum das?

A. Weil man, wie die Erfahrung gelehrt hat, so leicht an der Greiferschmie oder irgendwelchen hervorsteckenden Teilen des schwingenden Tiegels hängenbleiben kann.

B. Ah!

A. Elly hatte bisher auch nie einen Ring getragen. Aber zu Weihnachten hatte sie sich verlobt und von dem Verlobungsring wollte sie sich anscheinend auch beim Arbeiten nicht trennen. Er ist ihr zum Verhängnis geworden. Sie blieb an der Greiferschmie damit hängen.

B. Das arme Mädel! Ein unseliger Augenblick hat ihr ganzes Glück zerstört.

A. Es ist müßig, die Frage zu erörtern, wenn an diesem Unglück die Schuld trifft und wessen Versehen das größte oder verhängnisvollste ist. Sicher aber ist, daß, wenn nur ein Glied in der Kette der zusammenwirkenden Umstände fehlt hätte, die Elly noch heil und gesund wäre.

B. Da hast du recht! Hätte der Lehrling nicht den Sparrahmen erwischt, sondern vorchriftsmäßig hochgeglossen, hätte die Elly gar nicht so tief in den Tiegel hineinzulassen brauchen, und hätte sie nicht so hoch auf dem Tritt gestanden, so wäre ihre Hand von der Schutzvorrichtung herausgehoben worden, ehe sich der Ring an der Greiferschmie verfangen, und hätte sie schließlich nicht den Ring getragen, wäre wahrscheinlich doch noch die Hand von der Schutzvorrichtung heil herausgezogen worden.

A. Also Vorsicht und Ueberlegung bei allen Arbeiten an Maschinen!

## Onkel Wilhelm.

Von Fritsch Brenneisen.

Da war ein Mann, unbeachtet lebte er in der großen Stadt; niemand kannte seinen Namen, bis dann eines Tages alle Zeitungen von ihm berichteten.

Und da waren auch zwei Schwestern, gleich unbekannt wie der Mann, bis auch sie eines Tages ins „hellste Licht“ gerückt wurden.

Es ist wirklich keine Geschichte, die einzig dasteht. Und trotzdem soll sie hier erzählt werden, weil der Mann, Wilhelm heißt er, es verdient, da er eine repräsentative Persönlichkeit unseres Zeitalters, eine wirkliche Stütze der bestehenden Gesellschaftsordnung ist.

Wilhelm stand wegen einer Alimentationsklage vor dem Einzelrichter. Mit ihm waren auch die zwei Schwestern angeklagt. Zwischen den drei Benannten — so sagt der Bericht — bestanden seit Jahren teils abwechselnd, teils gleichzeitig Beziehungen, aus denen mehrere Kinder entsprossen. Diese Vermorbenen!

Aber wer sich über diese „süchtigen“ und „schlamperten“ Familienverhältnisse empört, dem möchten wir in Erinnerung bringen, daß der erste geschichtlich bekannte Vorgänger dieses Wilhelm, der Patriarch Sacher, noch obendrein für Lea und Rachel, die beiden Töchter Labans, vierzehn Jahre in schwerster Iron schuftete mußte.

Die Kinder des Wilhelm befinden sich seit ihrer Geburt in der Pflege der Berufsvormundschaft und keines der Eltern hat es bis heute für nötig gefunden, sich auch nur zu erkundigen, ob die Kinder überhaupt noch leben. Selbstverständlich wurde auch kein Pfennig Unterhaltungsbeitrag gezahlt.

Der Richter verurteilte den Wilhelm zu drei Monaten Arrest und eine der Schwestern, die „Vermorbenen“, zu einem Monat bedingt und sagte dann empört: „Ihr Verhalten ist niederträchtig, schämen Sie sich nicht, Sie sehen gemissenen Kinder in die Welt und verfahren dann mit Ihren Nachkommen schlimmer als die Wilden.“

Wilhelm ist ein schlichter Gemütsmensch, der keine volls-

treffend die Schwierigkeiten bei den gegenwärtigen Tarifverhandlungen, mit Hinweis auf den großen Tarifstreit in der Metallindustrie, und ermahnte einbringlich zur Treue zum Verbands. Reicher Beifall lohnte seine trefflichen Ausführungen. Trifolge des guten Verlaufes der Jahreshauptversammlung war sie schnell beendet und die Gefeilschaft kam zu ihrem Rechte. Noch mehrere Stunden hielt ein gemütliches Tänzchen die Anwesenden beisammen.

**Breslau.** Im Anschluß an die am 22. Januar abgehaltene ordentliche Generalversammlung fand am 28. Februar im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung statt. Dort wurde Kollege Kraut zum 2. Vorsitzenden gewählt. Der neue Vorstand setzt sich also aus folgenden Kollegen zusammen: 1. Vorsitzender Kollege Karl Reihmann, 2. Vorsitzender Kollege Kraut, Kassierer Kollege Hohaus, Beisitzer die Kollegen Malitzke und Pfeffer, 1. Schriftführer Kollege Gräßl, 2. Schriftführer Kollegin Blache, Revisoren die Kollegen Gütler, Wuttke, Marg Reihmann. Zu den Lohnverhandlungen leitete Kollege Reinhold mit, daß diese am 8. März beginnen. Dann befaßte sich die Versammlung mit Anträgen und Statutenänderungen zum Verbandstag. Unter „Verschiedenes“ wies Kollege Karl Reihmann auf die am 24. und 26. März stattfindenden Betriebsratwahlen hin. Zum Schluß fanden noch verschiedene örtliche Angelegenheiten ihre Erledigung.

**Dresden.** Im Volkshaus fand am 16. Februar unsere Jahreshauptversammlung statt, die einen guten Besuch aufwies. Kollege Herrmann brachte zunächst den Geschäftsbericht über das Jahr 1927. In kurzen Strichen zeichnete er das Berufsleben am Orte und im Gau. Ausgehend von der langsamen Gelung der Wirtschaftsverhältnisse im allgemeinen kam er auf das graphische Gewerbe zu sprechen, das an diesem Aufschwung keinen allzu glänzenden Anteil hatte. Daraus erklärt sich auch, daß sich nicht alle Wünsche und Hoffnungen erfüllten, die wir in das Jahr gesetzt hatten. Durch die technische Umstellung und Anschaffung leistungsfähigerer Maschinen wurde die Arbeitszeitgelegenheit besonders für das Hilfspersonal beschränkt. Wie in der Schwerindustrie, so war auch in unserem Beruf ein immer größerer Zusammenhalt der Unternehmer wahrzunehmen. Darauf verwies der Redner auf die Schwierigkeiten bei Beratung des Reichstaris für das Buchdrucker-Hilfspersonal im März vorigen Jahres. Das Eingreifen des Reichsgerichts brachte dann eine Lohnverhöhung von 8 Prozent in zwei Etappen.

Dasselbe finanzielle Ergebnis hatte nach nachmaligen Verhandlungen der Tarifabteilung im Stein- und Leinwand, nachdem über ein Jahr tariflose Zeit bestanden hatte. Einen schweren Kampf hatte das Hilfspersonal in den Bleichwärdereien zu bestehen. Durch einen verbindlich angediehlten Schiedsspruch wurde es dem Metallarbeitertarif angeglichen, dem ein Zulagebeitrag beigesetzt wurde. Nach mehrmaliger Erneuerung sollte vom 31. Januar 1928 ab der Vertrag abermals bis 31. Juli verlängert werden. Dies hatten die Personale satt und legen trotz neuerlicher Verbindlichkeitsklärung die Arbeit nieder.

Nachdem der Redner verschiedene interessante Fälle, die sich bei Einführung der Tarife in manden Betrieben ereigneten, vorgebracht hatte, ging er zu den Bildungsbestrebungen des Verbandes über. Die innere Festigung einer Gewerkschaft hänge gewiß viel von der zahlenmäßigen Stärke ab. Weit höher aber sei der geistige Inhalt einer Organisation zu veranschlagen, der sich ausdrückt in einem festen Stamm gewerkschaftlich, volkswirtschaftlich und sozialpolitisch gesinnter Mitglieder. Die Ortsverwaltung und Bildungscommission ließ es sich angelegen sein, diesem Ziel in Wort, Schrift und Anschauung näherzukommen. Im Frühjahr und Herbst fanden Unterrichtsstunden statt, die arbeitsrechtliche und andere besprechende Themen behandelten. Auch wurden Vorträge über die Gewerkschaften städtischer Anlagen vorgenommen. Kollegin Hoppe wurde Rednerin der Volkshochschule Tinz, und Kollegin Alina nach der Betriebsratschule entsandt. Hierbei sei zu erwähnen, daß Kollegin Marg. Lehmann für ein Preisanschreiben „Wie verhält man Betriebsunfälle?“ einen Preis von 20 Mk. erhielt. An gefälligen Veranstaltungen sei zu erwähnen ein Bunter Abend, ein Sommerfest, eine Tagespartie in die Sächsische Schweiz, sowie zwei Kom-

merse aus Anlaß des Besuches der Bauhener und tschechoslowakischen Kollegenschaft.

Zum Gaubetrieb übergehend berichtete Kollege Herrmann über seine Tätigkeits im Gau, die seine Anwesenheit 67mal in 27 Orten nötig machte. Der Mitgliederbestand hat sich um 215 Personen auf 3694 Mitglieder erhöht. Am Schluß seiner Ausführungen beleuchtete er die kommende Zeit. Da im Frühjahr gegen 200 Tarife ablaufen, auch die unferen, so müßten die Arbeiter fester denn je zusammenstehen, denn der Sieg der Arbeiterkraft sei nur verbürgt im Vertrauen zur Gewerkschaftsbewegung. Lebhafter Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen.

Hierauf erstattete Kollege Täubrich den Kassenbericht, indem er Vergleiche anstellte vom Jahre des Aufbaues 1924 und dem Jahre 1927. Dadurch wurde den Anwesenden der Aufstieg unserer Organisation so recht zum Bewußtsein gebracht. Während 1924 pro Mitglied 40 Beiträge entrichtet wurden, waren es 1927 49 Beiträge. Der Kassenbestand hob sich von 52,95 Mk. 1924 auf 14357,53 Mk. 1927. Die Einnahmen betragen für die Hauptkasse 77586,50 Mk., für die Ortskassen 26893,60 Mk., insgesamt 104480,10 Mk. Die Markennennnahme belief sich auf 93996 Markten. Die Mitgliederzahl am Orte erhöhte sich um 118 auf 1967 Mitglieder. 9 Mitglieder wurden uns durch den Tod entziffen, was von den Anwesenden in der üblichen Weise geehrt wurde. Ahermals konnten 4 Jubilare auf eine über 25 Jahre lange Zugehörigkeit zum Verbande zurückblicken. Bei der letzten Weihnachtfeier konnten 123 Personen mit 2531,20 Mk. bedient werden. Alles dieses beweise, daß wir im vergangenen Jahr wieder ein Stück vorwärtsgekommen sind, was auch zu guten Hoffnungen auf das neue Jahr in kassentechnischer Hinsicht berechtigt. Nach diesen beiden Berichten kam es zu einer lebhaften Aussprache, an der sich etwa ein Dutzend Mitglieder beteiligten, die in der Hauptsache die Tätigkeit der Ortsverwaltung anerkannten. Kollege Höfcher wies darauf hin, daß die Bildungsstufen zu wenig besucht werden, trotzdem die Verwaltung keine Mittel dafür schütete. Kollegin Lehmann machte auf die kommenden Betriebsratwahlen aufmerksam, während Kollege Sünderhau eine Synophtiehung für das Bleichwärderepersonal ausbrachte. Nach beantragtem Schluß der Debatte wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Bei den Wahlen zur Ortsverwaltung wurde Kollege Herrmann mit allen Stimmen zum 1. Vorsitzenden wiedergewählt. Beisitzer wurden die Kolleginnen Wolf, Lehmann, Hoppe und Klein sowie die Kollegen Mähler, Franz, Höfcher, Dill, Hausmann und Kruse. Als Revisoren wurden Jurack, Heistermann, Klein und Lehmann gewählt.

**Düsseldorf.** Am 28. Februar fand unsere sehr gut besuchte Monatsversammlung statt. Schuld daran waren wohl die bevorstehenden Tarifverhandlungen. Zunächst leitete der Vorsitzende Kollege Bestow mit, daß die Befähigung der Papierfabrik Reichholz bis Mitte Mai hinauszugeschoben werden müsse, da dortselbst größere Umbauten vorgenommen werden und der augenblickliche Besuch eine Gefahr für die Teilnehmer bringen würde. Des weiteren wurde auf ein Schreiben der Gauverwaltung aufmerksam gemacht betr. Einladung zum Aufsicht des Verbandstages sowie zum Besuch der „Prestia“. Hier wurde der Vorsitzende beauftragt, sich nochmals mit der Gauleitung in Verbindung zu setzen zwecks Rücksprache einiger Angelegenheiten. Er machte dann noch darauf aufmerksam, daß Ende März eine Zahlstellenleiterkonferenz stattfinden solle, wo er sich für die Wünsche der Düsseldorf Kollegen sowie der auswärtigen überhaupt einsetzen wolle. Ganz besonders aufmerksam wurde auf die zu stellenden Anträge zur Satzungsänderung zum Verbandstag gemacht und die Mitglieder gebeten, sich zahlreich an der Einreichung zu beteiligen. Die Frist der Einreichung beim Ortsvorstand wurde auf den 15. März festgelegt. Des weiteren wurde mitgeteilt, daß der Ortsausschuß des ADGB beabsichtige, nach in diesem Jahr ein Jugendheim entstehen zu lassen, die Vorarbeiten seien schon soweit geblieben, daß es nur noch der Geldbewilligung der angeschlossenen Organisationen bedürfe, und man hoffe, im Herbst das Haus seiner Bestimmung zu übergeben. Der Anteil beträgt pro Gewerkschaftsmitglied 1 Mk. Der Vorsitzende bat, für unsere Organisation den Betrag aus der Ortskasse zur Verfügung

zu stellen. Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt. Zu Punkt 2 hielt Kollege Kubisch einen Vortrag über „Die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen und besonders in unserem Gewerbe“. In dreiviertelstündigem hochinteressantem Vortrage verstand er es, die Mitglieder für seine Ausführungen zu gewinnen. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen. Alsdann wandten wir uns den bevorstehenden Lohnverhandlungen zu und hier gab der Vorsitzende ein Bild von den Verhandlungen der Vorjahre und wies dabei auf den hohen vernommenen Vortrag hin. Die Teuerung, welche innerhalb des letzten Jahres eingetreten sei, könne kein Mensch bestreiten und darum sei es unbedingt erforderlich, daß sich die Mitglieder dafür einsetzen, daß ihre Rechte zur Geltung kommen. Dies könne aber nur gelingen, wenn sich der letzte im Betrieb Beschäftigte der Organisation anschloße und alle an dem gemeinsamen Strick ziehen würden. Nach reichlicher Aussprache hierüber wurde in einer einstimmig angenommenen Entschlieung eine der wirtschaftlichen Teuerung entsprechende Lohnverhöhung gefordert. „Festes Vertrauen zu unseren Unterhändlern und unserer Organisation geben uns die Zuversicht, daß sie alles dransehen werden, um uns zu unserem Recht zu verhelfen“. Zum 4. Punkt „Agitation“ wurde gesagt, daß man alles daransehen müsse, um die Nichtorganisierten aufzufüllen, es wurde beschloffen, in eine Hausagitation einzutreten. Verschiedene Kollegen meldeten sich bereitwillig, mit den Vorstandsmitgliedern zusammen dieses Amt zu übernehmen. Hoffen wir, daß diese Arbeit reiche Früchte tragen möge. Am Abend vorher fand eine Versammlung sämtlicher vier graphischer Verbände statt, welche sich ebenfalls mit der Agitation beschäftigte und uns volle Unterstützung in den Betrieben zusagte. Damit fand die unterlaufene Versammlung ihren Abschluß.

**Erfurt.** Die Mitgliederversammlung vom 1. März 1928 beantragt beim Hauptvorstand:

1. Bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen ist darauf zu bestehen, daß der Lohnrisikofaktor auf eine möglichst kurze Zeit getroffen wird. Die Erfahrungen der letzten Jahre und die von den Unternehmern angebotene Steigerung der Preise aller Bedarfsgegenstände macht es unmöglich, daß die Löhne länger als für ein halbes Jahr festgelegt werden. Die Leidtragenden derartig langer Lohnrisikofaktoren sind immer die Arbeiter, deren Reallohn dadurch immer tiefer sinkt.
2. Bei der bevorstehenden Lohnverhandlung muß weiter darauf gedrungen werden, daß die absolute Spanne des Lohnunterschiedes zwischen Gesellen- und Hilfsarbeiterlöhnen nicht noch größer wird, als sie schon ist. Es muß also für beide Teile eine nominell gleiche — nicht nur prozentual gleiche — Lohnzulage gefordert werden.
3. Bei der bevorstehenden Lohnverhandlung ist ferner Gewicht darauf zu legen, daß die Lohnspanne zwischen Männern und Frauenlöhnen geringer wird. Für gleiche Arbeitsleistungen ist grundsätzlich der gleiche Lohn für Männer und Frauen zu fordern.
4. Die Erfurter Kollegenschaft erwartet, daß der Hauptvorstand und die an den Tarifverhandlungen beteiligten Verbände Forderungen aufstellen, deren Durchführung nicht nur die Ausgleichung der gesunkenen Reallöhne herbeiführt, sondern darüber hinaus die Lebenslage der Arbeiter des graphischen Gewerbes hebt. Die Kollegenschaft hofft, daß der Hauptvorstand schnellstens bekannt gibt, welche Forderungen er bei den kommenden Lohnverhandlungen stellt. Weiter drückt sie die Erwartung aus, daß der Hauptvorstand alles tut, um die gesamte Kollegenschaft zu mobilisieren, damit den Forderungen des Verbandes stärkster Nachdruck verliehen wird. Alles muß getan werden, um die gestellten Forderungen eventuell mit den schärfsten Mitteln durchzusetzen.

**Köln.** In unserer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 4. März referierte Kollege Hellmann über die jüngsten Lohn- und Arbeitskämpfe der deutschen Arbeiterkraft und über die Aussichten zu unseren bevorstehenden Lohnverhandlungen. Seinen Ausführungen folgte eine lebhafteste Aussprache, die beendet wurde mit der nachstehenden, einstimmig angenommenen Entschlieung:

„Die am 4. März im Volkshaus versammelte Kölner Hilfsarbeiterkraft fordert vom Verbandsvorstand und der Tarifcommission, bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen mit allem Nachdruck eine Lohnverhöhung durchzusetzen, die den tatsächlichen Verhältnissen und den berechtigten Ansprüchen eines arbeiterwürdigen Daseins entspricht. Der keinesfalls den wirklichen Preismarkt angehende Index kann u. E. heute kein ausschlaggebender Maßstab mehr für die Lohnbemessung sein. Jeder Arbeiterhaushalt spürt die fortgesetzte Schwächung der Lebenshaltung, da der größte Teil des Einkommens schon der nackten Magenbefriedigung geopfert werden muß.“

„Ramenlich die graphische Hilfsarbeiterkraft, der keine Aufstiegsmöglichkeit im Beruf offensteht, die nur mit minimaler überarbeitslicher Bezahlung in bescheidenen Grenzen abgeseigt wird, fühlt sich außerordentlich im Lebensstandard bedroht und gegenüber den Verhältnissen bei der letzten Lohnverhöhung zurückgeschleudert.“

Demgegenüber beobachten wir eine außerordentlich gute Beschäftigung im Beruf, die beachtlichen Gewinn bzw. Lebenslohn abwirft und den äußeren und inneren Ausbau fast aller Betriebe ermöglicht.“

Die Versammlung fordert daher von den maßgebenden Verbands- und Tarifinstanzen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eine Lohnverhöhung durchzusetzen, die nicht nur den verringerten Lebensstandard ausgleicht, sondern eine menschenwürdige Lebenshaltung für die Zukunft sichert.“

In Erkenntnis dieser Widersprüche, die das Unternehmertum und die Schlichtungsbehörden allen Arbeiterforderungen entgegenstellen, erklärt die Kölner Kollegenschaft, einmütig hinter unseren Forderungen und den Organisationsvertretern zu stehen, allen Wellungen zu folgen und für die Durchsetzung einer Lohnverhöhung jedes gewerkschaftliche Opfer zu bringen.“

Nach Erledigung von organisatorischen und agitatorischen Fragen sowie Zahlstellenangelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

wirtschaftliche, politische, geschweige denn philosophische Bildung besitzt. Befehle er eine solche, dann hätte er dem Richter folgende Antwort gegeben:

„Herr Richter, vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft verheißt ich Ihre Empörung durchaus nicht. Ich sehe da als Sokrates und sage mit ihm, daß ich anstatt der Verurteilung eher verdiene auf Staatskosten erhalten zu werden. Alle bürgerlichen Wirtschaftspolitiker und Wissenschaftler vergehen bittere Tränen darüber, daß die Geburtenzahl zurückgeht und erklären die große Tatsache der nationalen Gefahr. In der Tat geht die Geburtenzahl in allen Ländern erheblich zurück, selbst in Italien, wo Mussolini eine geräuschvolle Propaganda entfaltet. Ich, Wilhelm, nahm eine geräuschvolle Propaganda der Wissenschaft und der Politik für bare Münze und befohle, mich für die Erhöhung der Geburtenzahl ins Mittel zu legen.“

Es war die höchste Zeit, denn der Geburtenstreik greift täglich mehr um sich, es sind die reichen und vornehmen Klassen, die mit diesem schlechten Beispiel vorangehen sind. Ihnen folgen die Grundbesitzer, bei denen Gefühle, Heirat, Liebe, Kinderzahl alles nur eine Funktion der Erfolge und der Teilbarkeit des Reichtums ist. Auch viele sind nicht und mehr gewillt, überflüssige Kinder als Fabrikzufußel und Kanonenfutter in die Welt zu setzen. Und angesichts dieser Gefahr befohle ich, den Geburtenstreik als technische Maßnahme zu bekämpfen.“

„Ich bin kein Verbrecher, im Gegenteil, ich bin eine Stütze der Gesellschaft, der eine wichtige soziale Funktion zukommt: die der Vermehrung der Geburtenzahl.“

„Ich weiß, daß die bürgerliche Moral sich gegen die illegitimen Kinder auflehnt. Will aber die jetzige Gesellschaft erstlich eine Vermehrung der Geburtenzahl, so muß sie ihre scheinheilige Verachtung gegen diese aufgeben. Denn der Bankrott wird ebenso wie ich eine Stütze dieser Gesellschaft.“

„In unserer Zeit, wo Revolution und Gegenrevolution einander jagen, hat sich das Lumpenproletariat als glänzendes Werkzeug der Gegenrevolution erwiesen. Ich und meine Bestimmungsgenossen, wir sind die Hauptlieferanten dieses

Lumpenproletariats. Unseren Kindern fallen die wichtigsten Staatsverwalter in den Rollen zu: Soldat, Polizeipolizist, Streikbrecher und Vohndrücker. Unsere Lächter werden Straßendärmen, auch ein wichtiger Beruf vom Standpunkt der Erhaltung der bürgerlichen Sittlichkeit. Wir liefern ein Menschengeschlecht, das, wenn es am Leben verweilt, sich nicht mit den Gleichgestellten zusammensetzt, um sein gemeinsames Los zu verbessern, sondern im Alkohol Trost sucht oder sich in die Arme der Kirche wirft. Wir liefern das Futter für die Gefängnisse, ohne uns wären die meisten Richter arbeitslos, wir liefern auch den Grund für die bürgerliche Gesellschaft zur Erhaltung der Polizei, der Gerichte und der Arme.“

Und noch ein letztes Wort, Herr Richter! Ich und das hohe Schwefelpaar vertreten den Standpunkt, daß jedes Kind ein Geschenk Gottes ist, und daß die Kindererzeugung ein geheimnisvoller, mystischer Prozeß ist, auf den wir keinen Einfluß nehmen können noch dürfen. Wer an diesem Glauben festhält, der ist auch überzeugt, daß die hergebrachte Ordnung, die Verteilung des Vermögens und die Einteilung der Menschen in herrschende und dienende Klassen, ein ebenso mystischer, unserem Willen ebenso entzogener Vorgang ist wie die Zeugung eines Kindes. Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen, sagte eines Tages: „Wer von Gott abfällt, der bereitet schon seinen Abfall vom König vor.“ Und ich, Wilhelm, sage: „Herr Richter, wer einmal entdeckt, daß eine Geburtenregelung möglich ist, der wird am folgenden Tage schon die Abänderung der gottgewollten Ordnung verkünden. Hört der Impus, den ich hier zu vertreten die hohe Ehre habe, gänzlich auf, dann ist es um die bürgerliche Gesellschaftsordnung gänzlich geschehen.“

Würde Wilhelm so gesprochen haben, so hätte ihn das Gericht scharflichst selersticht freigesprochen und für ihn eine Ausgescheidung von der Regierung verlangt.“

Wilhelm ist aber, wie gesagt, ein schlichter Gemütsmensch, der eine sittlich-religiöse Erziehung genöß. Er sagte nur: „Ich kann nicht zahlen, einmal bin ich ohne Arbeit, und dann bin ich wieder eingeperrt.“ Und daraufhin hat unser Onkel Wilhelm seine drei Monate bekommen.“

**München.** Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus, und daß das Jahr 1928 ein ereignisreiches Jahr für die deutsche Arbeiterschaft werden wird, dürfte nur mehr derjenige Arbeiter nicht erkennen, dessen Indifferentismus bis zur vollständigen Verblödung sich entwickelt hat. Unsere Kollegenchaft aber weiß ohne vorherige Prophezeiung, um was es in diesem Jahre geht, und deshalb konnte auch Kollege Schmid als Leiter der am 29. Februar abgehaltenen Jahresgeneralversammlung ein übervolles Haus begrüßen. Nach der in üblicher Weise erfolgten Ehrung der im verflochtenen Geschäftsjahr verstorbenen Mitglieder konnte Kollege Schmid gleich dem 1. Vorsitzenden Kollegen Lehmeier zu dem Geschäftsbericht das Wort erteilen. Hinweisend auf die durch die Größe und Stärke einer Organisation überhaupt nur zu erreichenden Vorteile schilderte Kollege Lehmeier in chronologischer Reihenfolge die im verflochtenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit des Verbandes und der Ortsverwaltung, die sich hauptsächlich auf den innerorganisatorischen Ausbau erstreckte. Aber auch dort, wo es notwendig wurde, die Organisation als Nachfaktor einlezen zu müssen, um der Kollegenchaft zu ihrem Recht zu verhelfen, waren erfreulicherweise nur zu Erfolge zu verzeichnen. In fünf großen Mitgliederversammlungen, 10 Bezirks- und mehr als einem halben Hundert Mitgliedereinigungen wurde zu allen die Kollegenchaft interessierenden Fragen Stellung genommen, ihr das geistige Rüstzeug beigebracht, um in den späteren Kämpfen mit dem Unternehmertum um die Rechte der Arbeiter bestehen zu können. Arbeitsgericht und Schlichtungsausschuß mußten wiederholt in Anspruch genommen werden. War das Jahr 1927 auch gerade nicht ein besonderes Kampfsjahr, so war es doch ein Jahr reicher Arbeit, geleistet im Interesse unseres Verbandes und unserer Kollegenchaft, so schloß Kollege Lehmeier seinen mit großem Beifall aufgenommenen Bericht. Kollege Bauer als Kassierer zeigte in dem nun folgenden Bericht die finanzielle Entwicklung der Jahrestelle in einem reichen Zahlenmaterial, das bewies, daß trotz der eminenten Zahl von Arbeitslosen und hauptsächlich von kranken, unterstützungsberechtigten Mitgliedern es möglich war, im verflochtenen Geschäftsjahr effizient laufend Markt mehr an die Hauptkasse abzuführen als im Jahre 1926. Auch das Lokalvermögen hat sich um circa 3000 Mk. trotz der vielen Extraverkäufe, die ausbezahlt wurden, erhöht. Die Mitgliederstatistik zeigte unter Zugrundelegung der nun einmal in unserem Beruf nicht zu vermeidenden Fluktuation einen kleinen Zuwachs von Mitgliedern für unsere Jahrestelle. Die örtliche Sterbefälle hat bei dem Umlageverfahren, das die Grundlage der Kasse bildet, so ziemlich immer die gleiche Bilanz. Kollege Gerstmeier und Kollege Langhauer konnten in ihrem Bericht konstatieren, daß bei den verschiedentlich vorgenommenen Revisionen Kasse und Bücher stets in Ordnung befunden wurden und dankten dem Kollegen Bauer für seine intensive geleistete Arbeit. In der nun einleitenden Aussprache wünschte lediglich Kollege Hörmann Aufklärung über einzelne Ausgabepositionen, die ihm in zufriedenstellender Weise gegeben werden konnten. Kollege Lehmeier dankte dann noch dem 2. Vorsitzenden für seine intensive Mitarbeit, ebenfalls den übrigen Verwaltungsmitgliedern und nicht zuletzt den Vertrauensleuten der Betriebe, die die meisten Widerwärtigkeiten auszuhalten haben und trotzdem einen Bienenfleiß entwickeln.

Die nun folgende Neuwahl der Verwaltung ging wie noch in keinem Jahr äußerst glatt vonstatten, indem sämtliche bisherige Funktionen einstimmig auch für das laufende Geschäftsjahr wiedergewählt wurden.

Nicht so ruhig ging der nachfolgende Tagesordnungspunkt vorüber, zu dem Kollege Lehmeier über die nun kommenden Lohnbewegungen im Buch- und Steindruck referierte. Ausgehend von dem arbeitgeberfeindlichen Verhalten des gesamten deutschen Unternehmertums gegenüber den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter, wies er auf die Schwierigkeiten hin, die auch unseren Lohnforderungen harren und die nur überwinden werden können, wenn die Kollegenchaft auf dem Posten ist und der Parole der Organisation wie früher einmütig Folge leistet. Die fortwährende Ausplünderung des arbeitenden Volkes durch ständig steigende Preise aller zum Leben notwendigen Bedarfsartikel mache eine Lohn-erhöhung im ausgleichenden Maße zur unbedingten Notwendigkeit. Dem steht aber gegenüber die Einfichtlosigkeit der Unternehmer und deshalb werden wir in den nächsten Wochen öfter die Mitglieder unseres Verbandes zusammenberufen müssen; er hoffe, daß diesem Ruf auch das letzte Mitglied Folge leiste. — Wie sehr die Kollegenchaft unter den derzeitigen Einkommensverhältnissen leidet, die unter keinen Umständen mehr mit den notwendigen Ausgaben in Einklang gebracht werden können, zeigte die große Erregung, die in der Diskussion zum Ausdruck kam und die die Entschlossenheit der Mitlieder zum äußersten klar demonstrierte. Durch Annahmen einer solchen Versammlung könnte den Unternehmern mehr wie durch alle noch so überzeugenden Ausführungen der Unterhändler ein Bild gegeben werden, wie furchtbar ernst es die Arbeiterschaft mit ihren Forderungen nimmt und welche Erbitterung es auslösen würde, wenn sich die Arbeiterschaft bei den kommenden Lohnforderungen in ihren Erwartungen getäuscht sähe. Die dann weiter vom Kollegen Lehmeier begründeten Anträge zu dem in diesem Jahre in Köln stattfindenden Verbandstag, die sich in der Hauptsache auf eine bessere Regelung der Arbeitslosen- und Krankunterstützung bezogen, sowie auf besseren gesetzlichen Schutz der weiblichen Mitglieder in den Buch- und Steindruckereien, wurden von der Versammlung für richtig befunden. Ein Antrag, das Sterbegericht, durch Verdoppelung des Sterbepfandesbeitrags, auf mindestens 200 Mk. bei eintretendem Sterbefall zu erhöhen, wurde dadurch erledigt, daß nochmals unter den Mitgliedern eine intensive Motion für Eintritt in die Sterbefälle betrieben werden soll und eine demnach nur für Mitglieder der Sterbefälle einberufene Versammlung weiter zu der Frage Stellung nehmen soll. Unter kräftigem Hinweis, daß das Jahr 1928 auch ein Wahljahr und für die Arbeiterschaft ein Jahrsjahr für die reaktionäre Sippe Deutschlands werden soll, und der Aufforderung, auch weiterhin treu zum Verband zu stehen und für denselben zu arbeiten, konnte die harmonisch im schönsten Geist verlaufene Versammlung vom Kollegen Schmid geschlossen werden.

**Osnabrück.** Unsere Jahrestelle hielt nach längerer Pause wieder eine Versammlung ab. Diesmal als Generalversammlung. Die Weihnachtsunterstützungen und die Unter-

stützung für die Arbeiter-Wohlfahrt wurden nachbewilligt. Der Vorsitzende gab dann den Jahresbericht. Das verfloffene Jahr ist für unsere Jahrestelle ohne besondere Fälle ruhig verlaufen. Nur am Schluß des Jahres hatten wir noch eine Klage über tariflichen Lohn, der aber anerkannt und bezahlt wurde. Dann wies der Vorsitzende noch auf die bevorstehenden Kämpfe auf dem Lohn- und politischen Gebiet hin. Der Mitgliederstand blieb stabil. Der Kassenericht gestattete sich folgendermaßen. Einnahme: 452,35 Mk., Ausgabe 433,— Mk., Kassenbestand 209,75 Mk. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Kollege Brüder, Vorsitzender und Kassierer; Karg, Frk. Leide. Als Delegierter zum Gau tag wurde der Vorsitzende gewählt. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende, bei den kommenden Betriebsräte wahlen sowohl wie auch bei den Reichs- und Landtagswahlen auf dem Posten zu sein. Von einer Druckerei wurde noch über Mißstände geklagt, welche zu beheben der Vorsitzende zusagte.

## Rundschau.

**Kein Anlaß zum Pessimismus.** Wenn man die Geschäftsabschlüsse launend verfolgt, so macht man die Wahrnehmung, daß der Geschäftsjahr im abgelaufenen Geschäftsjahr besser war, als man im allgemeinen glaubt. Dieser Ansicht ist auch das Vanthaus Gebr. Arnold, wenn es in seinem achten Wochenbericht schreibt: „An ganzen aber besieht kein Anlaß, die Zukunftsentwicklung mit Pessimismus zu betrachten. Gerade der weitere Aufmarsch der Dividenden vorläge, der in der Mehrzahl der Fälle Erhöhungen der im Vorjahre gezahlten Sätze erkennen läßt, beweist, daß die meisten Industrieunternehmen im Jahre 1927 erfolgreich gearbeitet haben und daß bei vielen der Unternehmungen die Erkenntnis im Wachen begriffen ist, daß etwas für den Aktionär getan werden muß.“

Man ist also über den Aufmarsch der Dividenden vorläge zufrieden. Es soll etwas für den Aktionär getan werden! Vielleicht entnimt man sich auch mal derer, die diese Dividenden erarbeiten und die wirtschaftliche Blüte durch ihren Fleiß erst ermöglichen.

**Warum zweierlei Recht?** Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Die Unternehmensehre aller Schattierungen bemüht sich im letzten Jahre mehr denn je, den Nachweis zu erbringen, daß die gelben „Wertvereine“ auch berechtigt sind, Tarifverträge abzuschließen. Wo sich die „anerkannten“ Gewerkschaften gegen eine solche Zumutung wehren, weil die Einrichtung der Wertvereine für uns nur eine Art „unlauterer Wettbewerb“ darstellen kann, sind die Gegner sehr verärgert. Das könnten sie nur, wenn beiderseits die Grundzüge Geltung hätten. Die Unternehmensehre aber gar nicht daran, nach ihren eigenen Grundsätzen zu handeln. Wir brauchen nur an die Kartellpolitik gewisser Verkaufsvereinigungen zu erinnern, die nicht nur für eine „angemessene Preispolitik“ zu sorgen haben, sondern auch gegen jeden Außenleiter mit allen Mitteln und unerbittlich vorgehen. Das nennt sich dann allerdings „freier Wettbewerb“.

Aber nicht nur so! Am Reichsstarifvertrag für die chemische Industrie, in den Erläuterungen zum § 4 stoßen wir zufällig auf folgenden Satz: „... Vertreter örtlicher Sonderorganisationen der Arbeitgeber (!) werden der Regel nach zu diesen Verhandlungen (Lohnverhandlungen usw.) nicht zugelassen.“ Was ist denn das, ihr Herren Arbeitgeber? Bisher hat sich über diese Bestimmung noch kein Unternehmer aufgehoben. Sobald aber in dem erwähnten Satz statt der „Sonderorganisation der Arbeitgeber“ etwa der „Wertverein der Arbeitnehmer“ stünde, — dann ging das Pressegeheul über die Diktatur der Gewerkschaften, Bevorzugung einer gewissen Richtung usw. los. Wäre es hier nicht angebracht, zu sagen: „Warum zweierlei Recht?“ Was den Unternehmern recht ist, muß doch den Gewerkschaften billig sein.

**Segen der Hochschulzölle.** Mit Hilfe von gewaltigen Hochschulzöllen wurde in Ungarn nach dem Kriege eine riesige Textilindustrie entwickelt. Die Zahl der Textilfabriken stieg von 114 im Jahre 1921 auf 223 1926, die Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter in derselben Periode von 13 300 auf 33 269. Doch führt die künstliche Industrialisierung zu keiner Hebung des Wohlstandes. Wie in dem jüngst veröffentlichten Bericht der ungarischen Landeskommission für Landwirtschaft ausgeführt wird, geht infolge der Unerschwinglichkeit der Befehlsbefehle ein großer Teil der Bevölkerung in Lumpen gekleidet und erzwungen den Einbruch größten Elends.

**Gefrierfleisch — oder kein Fleisch!** Während der Landesminister Schiele die fäulnisfreie Abschaffung des Gefrierfleischkontingents in sein landwirtschaftliches Notstandsprogramm aufgenommen hat, wünscht die preußische Regierung Zeitungsberechtigten zufolge nur einen Abbau, nicht aber, wie Schiele, eine Abschaffung des Gefrierfleischkontingents. Die preußische Regierung soll mit einer Herabsetzung des Kontingents auf 50 000 Tonnen einverstanden sein. Trotz des großen Unterschieds in der Stellungnahme der Reichsregierung und der preußischen Regierung wirkt letztere dennoch überlegend. Man hätte gewünscht, daß der preußische Landwirtschaftsminister die Ergebnisse der Untersuchung, die in der Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamts vor nicht langer Zeit veröffentlicht wurden, zum Gegenstand eingehenderen Studiums gemacht hätte. In dieser Veröffentlichung wird auseinandergesetzt, daß der Gefrierfleischverbrauch Deutschlands im Vergleich zu anderen Ländern außerordentlich niedrig ist. In Belgien entfallen auf den Kopf der Bevölkerung 12,9 Kilogramm, in Italien 3,2, in Frankreich 2,4, Deutschland nur 1,6 Kilogramm. Auch kann man nicht behaupten, daß das Gefrierfleisch dem Frischfleisch eine nemenswerte Konkurrenz mache; es entfiel in den letzten Jahren auf den Kopf der Bevölkerung ein Fleischverbrauch von 47 Kilogramm, davon nur 1,6 Kilogramm Gefrierfleisch. In der erwähnten Untersuchung, die sich für die Erhöhung des zollfreien Gefrierfleischkontingents einsetzt, wird hervorgehoben, daß es sich für einen großen Teil der Bevölkerung nicht darum handle, statt Frischfleisch Gefrierfleisch zu verbrauchen, vielmehr lautet für diese die Frage: Gefrierfleisch oder überhaupt kein Fleisch!

## Literatur.

**Arbeitskampf und Friedenspflicht.** Von Wilhelm Derschel. Eberle Verlag, Lützburg am Rhein 1928.

**Zur Arbeitszeitfrage.** Rechtsgutachten erstattet von Universitätsprofessor Dr. jur. Aug. Richter in Leipzig. Verlag Deutscher Textilarbeiterverband, Berlin 1928.

**Das Christentum als politische Kraft.** Von Anton Krenn, Wien, ehemalige katholischer Priester und christlich-sozialer Parteiführer. Verlag Fund sozialistischer Arbeiter, Leipzig 8, Altenstr. 85. Preis 20 Hf. Organisationen erhalten Rabatt. (Mit einem Bild des Verfassers.)

**Das Agrarprogramm der englischen Arbeiterpartei.** Uebersetzt von Dr. Henriette Leol-Gillett. Vollständige Ausgabe. 40 S. Preis 2 Mk. Verlag Entschau G. m. b. H., Berlin SW 48, Endest. 6.

## Abrechnungen.

**Geldsendungen.** Breslau: Restbetrag des 4. Quartals 1927 2691,61 Mk.; Hannover: à Comto 1. Quartal 1928 2500 Mk. Berlin, den 3. März 1928. S. Loda H.

Für die Woche vom 4. bis 10. März ist die Beitragsmarke für das 10. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Unserem werten Schriftführer und Kollegen Richard Markloff und Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung. Die Mitglieder der Jahrestelle Wiesbaden.

Für die Glückwünsche seitens der Wiesbadener Kollegenchaft anlässlich unserer Vermählung danken wir herzlichst. August Rupp und Frau.

## Arbeitnehmer-Auswahlmittglieder der Allgemeinen und Besonderen Ortskrankenkassen, der Betriebs- und Innungs-Krankenkassen

Wegen der am 1. Mai dieses Jahres stattfindenden Wahl der Berufsvereinsvertreter als Beisitzer des Berufsvereinsamts der Stadt Berlin, veranfaßt der unterzeichnete Ortsauschuß am Freitag, dem 9. März 1928, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25, großer Saal, eine

## Bersammlung

der Auswahlmittglieder der Krankenkassen

Tagesordnung:

Die Vertreterwahlen zur sozialen Versicherung  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Ortsauschuß Berlin  
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes  
Zippel

Wir erwarten, daß alle oben bezeichneten Auswahlmittglieder unserer Organisation an der Versammlung bestimmt teilnehmen.  
Der Ortsvorstand

**Garantie-Fahräder**  
Markenfreilaut, 10 Bereifung, fracht- u. verpackungsfrei a. telzählg.

Spezialrad geg. bar

**39.50**

Anzahlung m 10.-  
Wochenrate m 2.50

Illustr. Katalog kostenlos  
**Autofahrt** G.m.b.H.  
Alexandrinenstr. 26  
Berlin-SW 681 589

**STERBETAFEL**

Am 24. Februar verschied nach längerer Krankheit unser langjähriger Kollege  
**Carl Blechinger**  
Ettelstetterstr. in der Fa. Burger, im Alter von 60 Jahren.  
Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm  
die Jahrestelle Augsburg.

Am 25. Februar starb unser lieber Kollege, der Invalide  
**Johann Jakumeit**  
(früher Firma Leunis & Chapman)  
im 63. Lebensjahre.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
die Jahrestelle Hannover.

Am 29. Februar starb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege  
**Johann Paßmann**  
(i. Fa. W. Du Mont Schauberg)  
im Alter von 71 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt dem Verstorbenen die Mitgliedschaft der  
Jahrestelle Köln a. Rhein.

Am 21. Februar verstarb unser Kollege, der Stein-schleifer  
**Karl Kilian**  
im Alter von 50 Jahren, an Darmverschlingung.  
Wir werden seiner stets gedenken  
Jahrestelle Offenbach a. M.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schultze Charlottenburg, Merseburgerstraße 16 Fernr.: Ami Berlin 1928 - Verlag: S. Coblenz Charlottenburg. - Druck: Formicola Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68.